

## **PRESSEMITTEILUNG**

**Pressesprecher**

**Dirk Hundertmark**

Landeshaus, 24105 Kiel

Telefon 0431-988-1440

Telefax 0431-988-1444

E-mail: [info@cdu.ltsh.de](mailto:info@cdu.ltsh.de)

Internet: <http://www.cdu.ltsh.de>

Wirtschaftspolitik

### **Johannes Callsen: Grüner Pfusch oder wissentlich falsch gemeldet ? – Beides gefährdet Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein!**

Zur heutigen Sondersitzung des Wirtschaftsausschusses zum Flughafen Lübeck-Blankensee erklärt der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Johannes Callsen MdL:

Wir unterstützen Wirtschaftsminister Austermann und die Hansestadt Lübeck bei ihren Bemühungen für die Zukunftssicherung des Flughafens Lübeck-Blankensee. Es geht dabei nicht nur um ein für Schleswig-Holstein herausragendes Infrastrukturprojekt, sondern vor allem auch um die Sicherung bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Deshalb ist eine schnellstmögliche Planungssicherheit zwingend erforderlich.

Deutlich geworden ist in der Sitzung die Doppelzüngigkeit des ehemaligen Umweltministers und heutigen GRÜNEN-Abgeordneten Klaus Müller:

Als Abgeordneter erklärt er heute, er habe stets vor einer unzureichenden Meldung gewarnt, weil nach EU-Recht die Flächen „nach rein naturschutzfachlichen Kriterien“ ausgewiesen werden müssten.

Als fachlich verantwortlicher Umweltminister dagegen erklärte Müller am 4. Juni 2003 vor dem Umweltausschuss des Landtages: „Nicht gemeldet seien die Start- und Landebahn, die Flächen für die geplante Erweiterung der Start- und Landebahn einschließlich des geplanten Taxiways. Dieses Gelände sei nämlich nicht mehr FFH-würdig.“

Entweder hat also der damalige Umweltminister die Gebietsmeldung fachlich schlecht ausgearbeitet oder wissentlich gegen EU-Vorgaben verstoßen. Im Ergebnis bedeutet beides: Zusätzlichen Planungsaufwand, höhere Kosten, längere Planungszeiten und die Gefährdung von Arbeitsplätzen. Dies zeigt einmal mehr: GRÜNE Politik ist schlecht für die Menschen in diesem Land.

Infam ist es im Übrigen, einem privaten Unternehmen Erpressungsversuche zu unterstellen, wie es der Abgeordnete Müller in seiner Pressemeldung tut.